

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Bezirksverband Hessen-Nassau und Hessen / Büro: Frankfurt a. M., Rudolfstr. 22, Tel. 76104.

Werttätige in Stadt und Land!

Am kommenden Sonntag, den 15. November, sollt ihr wiederum an die Wahlurne treten. Ihr sollt entscheiden über die künftige Zusammensetzung des hessischen Landtags. Seit zwölf Jahren besteht im hessischen Landtag eine allerdings von Wahl zu Wahl schwächer werdende Mehrheit aus den sogenannten Weimarer Koalitionsparteien, aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten.

Was hat diese Regierungskoalition im Interesse des werktätigen Volkes geleistet?

Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hat längst erkannt, daß die Aufrechterhaltung der Ländergrenzen in Deutschland nicht mehr zu verantworten ist. Es ist insbesondere in der grenzenlosen Not der Gegenwart unverantwortlich, daß noch anderthalb Duzend Länderregierungen mit einem Hundert Ministerien, anderthalb Duzend Landesparlamente mit mehr als Tausend Landtagsabgeordneten, neben Reichstag und Reichsregierung bestehen.

Die erste Aufgabe eines hessischen Landtages muß sein, sich selbst überflüssig zu machen.

Die Weimarer Koalitionsparteien denken nicht daran. Sie haben sich längst viel zu häuslich in den Länderregierungen eingerichtet. Im sozialdemokratischen Wahlauftrag heißt es denn auch, daß die Sozialdemokratie zwar den Einheitsstaat „erstrebt“, daß aber vorläufig nicht auf ihn zu rechnen sei! Die bisher so starke sozialdemokratische Partei hat nichts getan, um die alte demokratische Forderung verwirklichen zu helfen. Wie kann man? auch von ihr erwarten! Der Führer der Sozialdemokratie im hessischen Landtag, der Landtagsabgeordnete Kaul, war es, der schon auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 1919 für die Erhaltung der Kleinstaaterei eingetreten ist.

In der Frage der Verwaltungsreform

hat die Koalitionsregierung in allen entscheidenden Punkten völlig versagt.

Da bei jeder Stellenbesetzung jede der drei Koalitionsparteien ängstlich darüber wacht, daß keine zu kurz kam, ist insbesondere die Zahl der Minister und höheren Beamten in den Ministerien weit über das notwendige Maß angewachsen. Beim Abbau geht man rücksichtslos gegen die unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter vor. Oben aber hütet man sich ängstlich vor einschneidenden Abbaumaßnahmen.

Ängstlich hütet man sich davor, die Zahl der Kreise in Hessen zu vermindern. Dagegen hat die Koalitionsregierung

rücksichtslose Abstriche am Volksschuletat vorgenommen. Die Schulen des arbeitenden Volkes

läßt man verkümmern. Die höheren Schulen und die Hochschulen werden liebevoll gehätschelt und gepflegt.

Am schlimmsten aber ist, daß die Koalitionsregierung, an der die Sozialdemokratie maßgebend beteiligt ist, nicht davor zurückgeschreckt ist, rücksichtslos

gegen die Opfer der ungeheuren Wirtschaftskrise

vorzugehen. Unter dem Druck der von der Sozialdemokratie tolerierten Brüning-Regierung werden mit Hilfe der Landesregierungen

die Wohlfahrtsunterstützungen abgebaut.

Das hessische Innenministerium hat unter sozialdemokratischer Führung seine Hand dazu geboten die kommunale Gasversorgung in Hessen

an das Ruhrkapital abzuliefern.

Mit Hilfe von Staatskommissaren und kreisamtlichen Verfügungen werden unter Ausschaltung der Stadt- und Gemeinderäte den werktätigen Massen neue Steuern, insbesondere

Bürger-, Bier- und Getränkesteuer auferlegt.

Die Justiz

wütet in Hessen ebenso rücksichtslos gegen diejenigen, die infolge ihrer verzweiferten Lage mit den Gesezen in Konflikt kommen, wie in Ländern mit rein reaktionären Regierungen. Die Reaktionäre finden nach politischen Konflikten liebevolles Verständnis bei Richtern und Staatsanwälten. Gegen Kommunisten und Reichsbannerarbeiter werden die Geseze und Notverordnungen mit aller Strenge angewandt.

Besonders stolz ist die Sozialdemokratie auf die Maßnahmen, die sie in Hessen zur „Arbeitsbeschaffung“ durchgeföhrt habe. Sie hat viel Tamtam mit dem sogenannten „Dreijahresplan“ gemacht, durch den angeblich Tausende von Arbeitern Arbeit bekommen sollten. Dieses Dreijahresplänchen ist

schon im ersten Jahre in der Ausführung stecken geblieben.

In diesem Jahre der schwersten Krise aber ist durch die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungen

der ganze Wohnungsbau zum Erliegen gekommen.

Was das heißt, weiß jeder selbst. Durch die

Drosselung der Gemeindefinanzen

können auch die Gemeinden nichts mehr zur Arbeitsbeschaffung tun.



So ist das Resultat der Tolerierungspolitik im Reich und der Koalitionspolitik in Hessen, daß

Millionen Arbeitslose hungern Millionen Erwerbstätigen die Löhne abgebaut wurden das ganze Erwerbstätige Volk unter schweren Steuerlasten senkt

Alle Fortschritte, die die Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Kampfe errungen hat, sind entweder vernichtet oder aufs Äußerste gefährdet. Die Arbeiterbewegung ist geschwächt. Es ist höchste Zeit, daß Schluß mit der verhängnisvollen Koalitions- und Tolerierungspolitik gemacht wird, wenn nicht die Arbeiterschaft von der Reaktion überrannt werden soll.

Die werktätige Bevölkerung muß sich wieder sammeln und zur Auseinandersetzung mit der Reaktion rufen.

Sie wird es unter dem roten Banner der

Sozialistischen Arbeiter-Partei

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich die Aufgabe gestellt, den entscheidenden Kampf um die völlige

Veränderung unserer Wirtschaftsordnung, um die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung aufzunehmen und konsequent zu Ende zu führen. Sie hat dabei weder Rücksicht auf „Staatsmänner“ und „Positionen“ noch auf Befehle aus Moskau zu nehmen. Sie hat allein Rücksicht zu nehmen auf die Interessen des Proletariats, und diese allein werden ihren Kampf bestimmen. Um die Lebensinteressen des Tages wird sie ringen und jeden Angriff auf die Existenzbedingungen des arbeitenden Volkes abwehren. Sie wird diese kleinen und täglichen Kämpfe benutzen, um das Proletariat bereit zu machen für den letzten Kampf. So wird sie

die einzige ernsthaft revolutionäre

Vertreterin der Arbeiterschaft.

Schafft die wirkliche Einheitsfront des werktätigen Volkes
zum Kampfe für den Sozialismus!

Wählt nicht die Vertreter der Tolerierungspartei!

Wählt die Liste 12 der revolutionären Sozialistischen Arbeiter-Partei!

Die Kandidaten der S.A.P. für die hessische Landtagswahl:

1. Ohlhof, Fritz, Redakteur, Mainz
2. Rudolph, Frieda, Hausfrau, Offenbach
3. Gunt, Wilhelm, Postschaffner, Leihgestern b. Gießen
4. Bedenbach, Johann, Wagnermeister und Landwirt, Gramersheim (Rheinheffen)
5. Mönch, Josef, Hausfrau, Friedberg
6. Queffel, Andreas, Referendar, Darmstadt

7. Hoffener, Wilhelm, Schrankenwärter, N.-Angelheim
8. Rieger, Karl, Schuhmacher, Offenbach
9. Wittmann, Josef, Schlosser, Mainz
10. Schreiber, Theodor, Schlosser, Friedberg
11. Sittel, Reinhold, Schneider, Lindenheim (Rheinl.)
12. Collasius, Beria, Hausfrau, Mainz
13. Gundermann, Albin, Bäckergehilfe, Friedberg
14. Janetz, Friedrich, kaufmännischer Angestellter, Mainz-Castel
15. Kopp, Paul, Heizungsmonieur, Mainz

Wählt Liste 12

Wählt Liste 12

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Bestellschein

Ich bestelle

SAZ. Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der S.A.P. - Erscheinungsort Berlin.

oder Soz. Wochen-Zeitung „Fackel“

Verlag der SAZ., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Name:

Ort:

Wohnung:

Dieser Bestellschein ist dem Vertrauensmann der S.A.P. Frankfurt a. M., Rudolfstr. 22, dem Kolporteur oder dem Briefträger zu übergeben.

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Bezirk Hessen-Nassau und Hessen.

Büro: Rudolfstr. 22 / Tel. 76104

Aufnahmeschein

Ich erkläre meinen Beitritt

Name:

Ort:

Wohnung:

Für den Inhalt verantwortlich: Fritz Ohlhof, Mainz. Vorgelegt am 6. 11. 31 im Polizeiamt, Landestribunalpolizeiamt Darmstadt.

Druck: Karl Kurz vorm. Kurz & Werschbagen, Frankfurt a. M.